

Geteilte Herausforderungen – gemeinsame Werte

Gemeinsame Erklärung der Kurdischen Gemeinde Deutschland e.V. und der WerteInitiative – jüdisch-deutsche Positionen e.V.

Berlin, 7. September 2025 - Heute haben sich die Kurdische Gemeinde Deutschland e.V. und die WerteInitiative e.V. im Rahmen des ersten kurdisch-jüdischen Kongresses in Berlin zusammengefunden. Dieser historische Moment markiert den Beginn einer neuen Allianz zweier Gemeinschaften, die bei aller Verschiedenheit eine gemeinsame Basis teilen: das entschlossene Eintreten für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Gemeinsame Werte und Verantwortung

Unsere beiden Organisationen sind davon überzeugt, dass das freiheitlich-demokratische Fundament der Bundesrepublik nur dann tragfähig bleibt, wenn es aktiv gelebt, geschützt und weiterentwickelt wird. Jüdisches und kurdisches Leben in Deutschland stehen gleichermaßen für Vielfalt, Pluralität und den Willen, die offene Gesellschaft zu verteidigen.

Wir treten ein für ein Miteinander, in dem individuelle Identitäten geschützt, respektiert und frei gelebt werden können – durch die gemeinsame Grundlage geteilter Werte.

Geteilte Erfahrungen und Herausforderungen

Kurdinnen und Kurden wie auch Jüdinnen und Juden wissen, was es heißt, als Minderheit ausgegrenzt und zum Feindbild gemacht zu werden. Antisemitismus und Kurdenfeindlichkeit, Terror durch politische Extremisten und Islamisten sowie gesellschaftliche Ausgrenzung sind bittere Realitäten, die uns verbinden. Hinzu kommt die Erfahrung, dass extremistische Akteure – ob islamistisch, nationalistisch oder antiwestlich – versuchen, unsere Gemeinschaften gegeneinander auszuspielen.

Der heutige Kongress hat gezeigt: Dieses Kalkül wird scheitern. Wir lassen uns nicht spalten, sondern stehen Seite an Seite.

Klare Haltung gegen Ideologien der Unfreiheit

Wir wenden uns entschieden gegen den wachsenden Einfluss islamistischer und nationalistischer Ideologien, die von Regimen wie der Türkei, dem Iran, Teilen der arabischen Welt aber eben auch von Kräften in Deutschland ausgehen. Diese Kräfte bedrohen nicht nur unsere Gemeinschaften, sondern die freiheitliche Ordnung insgesamt.

Als jüdische und kurdische Akteure in Deutschland werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Gefahren klar benannt und wirksam bekämpft werden.

Politische Forderungen

Damit Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nicht nur Worte bleiben, fordern wir von Politik und Gesellschaft konkrete Schritte:

1. **Konsequente Bekämpfung von Antisemitismus und Kurdenfeindlichkeit:** Es geht hier um einen Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression. Es braucht arbeitsfähige und informierte Strukturen für Prävention, politische Bildung und Strafverfolgung sowie eine stärkere gesellschaftliche und institutionelle Sensibilisierung für Islamismus, deutschen wie nicht-deutschen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Antisemitismus und Kurdenfeindlichkeit.
2. **Härteres Vorgehen gegen Islamismus und rassistischen Nationalismus:** Organisationen, die im Auftrag autoritärer Regime wie der Türkei oder des Iran in Deutschland Spaltung säen oder Extremismus fördern, müssen politisch und rechtlich konsequent verfolgt werden. Dazu gehört auch ein entschlossener Einsatz gegen deren Propagandanetzwerke, Vereine und Tarnstrukturen.
3. **Ein Ende struktureller Diskriminierung von Kurden:** Es braucht einen Wandel in der Praxis der Anerkennung kurdischer Identität - gesellschaftlich und auch auf institutioneller Ebene. Kurden bilden eine gemeinsame ethnische Gruppe – dies muss unabhängig von unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten gewürdigt werden.
4. **Minderheitenschutz als Schutz des Individuums und klare Prioritätensetzung in der Integrationspolitik:** Der Staat muss sicherstellen, dass jüdisches und kurdisches Leben in Deutschland nicht nur formal, sondern auch faktisch geschützt sind. Wer Zugehörigkeit zu Deutschland beansprucht, muss die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen und sich klar von antisemitischen, islamistischen und nationalistischen Ideologien distanzieren.
5. **Außenpolitische Klarheit:** Die Bundesregierung darf sich nicht von autokratischen Regimen erpressen lassen. Wir fordern eine wertebasierte Außenpolitik, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt, die Beziehungen zu Israel schützt und die legitimen Rechte und Anliegen der Kurden in der Region ernsthaft berücksichtigt. Wir unterstützen das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie den Schutz und die Anerkennung seiner kulturellen und politischen Identität.
6. **Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft:** Statt identitätspolitischer Spaltung brauchen wir Programme, die Menschen unterschiedlicher Herkunft durch das Bestimmen gemeinsamer Werte zusammenführen. Dafür muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass demokratische Werte keine Begleitmusik, sondern unabkömmliche, alternativlose Basis unserer Gesellschaft sind. Kurdische und jüdische Organisationen können für diese Bewusstseinsstärkung wichtige Partner sein.

Blick nach vorn: Allianz für eine starke Demokratie

Die kurdisch-jüdische Allianz ist keine rein bilaterale Initiative. Sie versteht sich als Einladung an alle Menschen, die sich für Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit einsetzen wollen. Unser Ziel ist es, Brücken zu bauen, Allianzen zu stärken und neue Formen solidarischer Zusammenarbeit zu entwickeln.

Der erste kurdisch-jüdische Kongress hat gezeigt: Trotz unterschiedlicher Hintergründe, Erfahrungen und Identitäten verbindet uns eine gemeinsame Vision. Wir stehen gemeinsam ein für eine Gesellschaft, in der Vielfalt nicht Bedrohung, sondern Stärke ist – und in der die Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die unerschütterliche Grundlage bilden.

Kurdische Gemeinde Deutschland e.V.

Hauptstadtbüro Berlin
Prinzenstraße 84.2
10969 Berlin
Tel.: 030 5483 4914

www.kurdische-gemeinde.de
info@kurdische-gemeinde.de

WerteInitiative - jüdisch-deutsche Positionen e.V.

Postfach 64 02 40
10048 Berlin

www.werteinitiative.de
kontakt@werteinitiative.de